

## Pressemitteilung

## GEWERKSCHAFTSGRÜN

SprecherInnen  
**Beate Müller-Gemmeke, MdB**  
**Wolfgang Stather**  
**Roman-Hartmut Wauer**

[info@gewerkschaftsgruen.de](mailto:info@gewerkschaftsgruen.de)  
[www.gewerkschaftsgruen.de](http://www.gewerkschaftsgruen.de)

04.09.2012

### **Altersarmut verhindern – für ein würdiges Leben im Alter**

**Das Sprecherteam von GewerkschaftsGrün, Beate Müller-Gemmeke MdB, Wolfgang Stather und Hartmut Wauer, erklären zur aktuellen Rentendebatte:**

Verantwortungsbewusste und gerechte Rentenpolitik sieht anders aus. Wenn langjährig Beschäftigte mit einem Lohn von 2.500 Euro zukünftig von Altersarmut betroffen sind, dann trifft das die gesellschaftliche Mitte. Damit zeigen die Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums, dass das beschlossene Rentenniveau von 43% ab dem Jahr 2030 weit über ein sozial verträgliches Maß hinausgeht. Das ist weder fair noch gerecht und zerstört insbesondere das Vertrauen in unser Rentensystem.

Vor diesem Hintergrund ist die geplante Absenkung des Rentenbeitrags völlig kontraproduktiv. Deshalb wendet sich GewerkschaftsGrün entschieden gegen diese unverantwortliche Beitragssenkung, die zu einer Kürzung der Renten von morgen führt. Notwendig wäre vielmehr die Reserven der Rentenversicherung zu erhöhen und das geplante Rentenniveau von 43% aufzugeben.

Die geplante Zuschussrente für Niedrigverdienende von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen hingegen ist widersinnig. Erst wird das Rentenniveau gesenkt und dann wird an den negativen Auswirkungen rumgedoktert. Das macht kein Sinn und kommt der Gesellschaft teuer zu stehen.

Für ein stabiles Rentensystem liegt der Schlüssel vielmehr auf dem Arbeitsmarkt. Das sollte die Bundesregierung endlich zur Kenntnis nehmen. Sichere Beschäftigungsverhältnisse, auskömmliche Löhne und insbesondere ein gesetzlicher Mindestlohn füllen die Rentenkasse und garantieren die Renten von morgen. Und für all diejenigen, deren Renten dennoch nicht ausreichen, brauchen wir eine steuerfinanzierte „Garantierente“, die ab einer Beitragszeit von 30 Jahren greift und über dem Grundsicherungsniveau liegt. Nur so lässt sich Altersarmut wirkungsvoll verhindern.